

Haushalt 2004

Eine gute soziale Infrastruktur ist die beste Zukunftsinvestition

Im Dezember 2003 wurde der Haushaltsplan der Stadt Schwalbach für das Jahr 2004 mit großer Zustimmung verabschiedet. In den Diskussionen, die der Abstimmung vorausgingen, sind allerdings sehr unterschiedliche Einschätzungen deutlich geworden. Es ist daher doch notwendig, auf ein paar Unterscheidungspunkte hinzuweisen. Im folgenden die gekürzte Fassung des Redebeitrages von Günter Pabst, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Liste.

Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr

"(...) Die überwiegende Zahl der Gemeinden und Städten ist mit sinkenden Einnahmen konfrontiert, die rot-grüne Unternehmenssteuerreform hat diese Situation noch verstärkt und das Versprechen durch eine Gemeindefinanzreform die Situation zu entschärfen, ist bisher nicht umgesetzt und die bis heute vorgelegten Pläne und die begleitenden Diskussionen stimmen eher pessimistisch, als das absehbar wäre, dass Bund und Land die Gemeinden so ausstatten würden, das sie ihre Aufgaben erfüllen könnten.

Egal welche Bereiche wir uns anschauen: Gesundheit, Pflege, Altersvorsorge, Arbeitsmarkt, Sozialhilfe überall ist es der Bürger der letztendlich zur Kasse gebeten wird, auf dessen Rücken die Reformen umgesetzt werden. Eine andere gesellschaftliche Gruppe bleibt weitgehend von den Zumutungen verschont. Die Unternehmen und vor allem die großen Konzerne haben sich in den vergangenen Jahren weitgehend von der Finanzierung kommunaler Aufgaben verabschiedet.

Die dürftige Finanzausstattung bezahlen die Bürger mit einem Verlust an Lebensqualität..

Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, ist daher zuzustimmen, wenn er sagt: „Der Konflikt um die Gemeindefinanzreform offenbart ein grundsätzliches Problem: Die Städte sind rechtlos und schutzlos. Sie sind der Willkür von Bund und Land ausgesetzt und hier zeigt sich ein Webfehler der Demokratie.“

Die Grundgesetzgarantie der kommunalen Selbstverwaltung ist nicht nur bedroht, sie ist mittlerweile so ausgehöhlt, das die Städte ihrer Pflicht gegenüber den Bürgern nicht mehr ausreichend nachkommen können. (...)

Aber es ist ja nicht nur der Bund, der die Kommunen verdursten lässt. Zur Zeit erleben wir

einen in der hessischen Geschichte einmaligen Vorgang. Die CDU-Alleinregierung setzt in Hessen ein rigoroses Sparprogramm im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich durch, das der Geschäftsführer des Caritasverbandes als „Angriff auf den sozialen Frieden“ charakterisiert.

Ich will dies hier gar nicht weiter vertiefen, nur diese brutale Rasenmäherpolitik trifft sowohl die Gruppen, die keine Lobby haben, als auch die Kommunen, die kaum in der Lage sind, dies zu kompensieren.

Sparen, aber die soziale Infrastruktur nicht zerschlagen

In den Ausschusdiskussionen ist bei aller Übereinstimmung deutlich geworden, dass

doch unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben der Stadt und die Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger in Schwalbach bestehen. Es gibt einige im Stadtparlament, die, könnten sie so wie sie wollten, tiefere Einschnitte im sozialen und kulturellen Bereich vornehmen würden.

Dabei wird immer das Bild des Familienvaters gezeichnet, der ja auch nur das ausgeben könne, was er im Geldsäckel hat. Nun hält selbst dieses einfache Bild der Realität kaum stand, für die Stadt ist es zudem grundlegend falsch.

Die UL hält fest an der Überzeugung, dass kommunale Politik sozialstaatlich organisiert werden muss, dass es zur kommunalen Daseinsfürsorge einer sozialen Infrastruktur bedarf und dass auf der kommunalen Ebene soziale Gerechtigkeit von jedem einzelnen erlebt werden muss. Wir warnen davor, zu glauben, eine Gesellschaft ohne das Soziale sei machbar.

Die neoliberale Marktgesellschaft, in der die sozialen Risiken privatisiert und die gesellschaftlichen Institutionen der Solidarität auf eine Restgröße reduziert werden, sagen wir den Kampf an.

Daher haben wir auch den Vorschlag der CDU, die Gewerbesteuer von 375 Punkten auf 340 Punkte zu senken, abgelehnt. Heute, wo noch völlig offen ist, wie die Gemeindefinanzreform gestaltet wird, macht es überhaupt keinen Sinn über eine Gewerbesteuersenkung nachzudenken.

Die Bewältigung der städtischen Aufgaben muss von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden, auch von den Unternehmen, insbes. den großen Unternehmen, profitieren sie doch auch von einer guten sozialen Infrastruktur.

Wir haben in den vergangenen Jahren den Sparkurs mitgetragen und tun dies, obwohl es uns sehr schwer fällt, auch für das Jahr 2004, aber nur soweit die soziale Infrastruktur nicht zerstört wird. Und ich sage schon heute, weitere größere Einschnitte kann sich diese Stadt nicht leisten, soll das soziale Gefüge nicht Schaden nehmen

Die Finanzmittel, die für die Betreuung der Kinder im Kindergarten und in den Schulkinderhäusern zur Verfügung gestellt werden, sind das Minimum. Heute sind wir weit entfernt vom ehemals stolzen „Schwalbacher Standard“ für die Personalausstattung der Kindergärten. Der Kindergarten und auch die Kinderschulhäuser haben mehr zu sein als nur Aufbewahrungsorte. Sie sind Lernorte für Eltern und Kinder, soziale und sprachliche Fähigkeiten werden eingeübt und sie sind Orte, in denen benachteiligte Kinder gefördert werden:

832.000 Euro beträgt der Zuschussbedarf für die städtischen Kindergärten,

630.000 Euro Zuschuss für die kirchlichen Kindergärten,

524.000 Euro Zuschuss für die betreuende Grundschule (Schulkinderhäuser).

Dies sind sinnvolle Investitionen in die Zukunft der Kinder und wichtig für das soziale Gefüge unserer Stadt.

Soziale Projekte dienen auch der Partizipation und Integration

Die Fortsetzung des Projektes „Leseförderung“ freut uns besonders. Dieses Projekt gehört zu einem Netz verschiedener wichtiger sozialer Angebote, die sich an Kinder und Jugendliche richten: Schulsozialarbeit, Schülerhilfe, Jugendzentrum, Spielmobil, Ferienspiele, Jugendbildungswerk, Drogen- und Suchtberatung müssen weiterhin erhalten werden.

Insgesamt beträgt der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung – etwa 3,1 Millionen Euro. Darin enthalten ist auch die Unterstützung der Seniorenarbeit, deren Zuschussbedarf, trotz leichter Kürzung, immer noch bei etwa 53.000 Euro liegt.

Noch ein Wort zum Jugendbildungswerk. Der Zuschussbedarf liegt etwa bei 50.000 Euro. In ca. 20 Veranstaltungen, die sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 10 – 18 Jahren richten, werden in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Schule und der Albert-Einstein-Schule Tages-, Wochenend-, und Ferienseminare zu unterschiedlichen Themen organisiert. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema Partizipation. Hinzu kommen größere Projekte. Mit den Musikschulen, der Kulturkreis GmbH wird die 5. Kinder- und Jugendwoche organisiert, sowie eine internationale Jugendbegegnung mit polnischen Jugendlichen in unserer Partnerstadt Olkusz.. Dieses vielfältige Angebot der kulturellen und politischen Bildung nimmt die Interessen der Kinder und Jugendlichen ernst, führt sie an die Gesellschaft heran und gibt ihnen die Möglichkeit, sich mit aktuellen und historischen Fragen auseinanderzusetzen. Ich kann daher die immer wieder aufflackernde Diskussion über die Schließung des Jugendbildungswerkes nicht verstehen. Die UI wird sich auch weiterhin für diese wichtige gesellschaftspolitische Arbeit des Jugendbildungswerkes einsetzen.

Auch die Jugendförderung für Kirchen, Vereine und Gruppen wird auch im kommenden Jahr nicht angetastet. Die allgemeine Vereinsförderung unterliegt leider weiterhin der 50%igen Kürzung.

Leider sind wir im Hinblick auf die Finanzierung der Schwimmbadsanierung noch keinen Schritt weiter. Im Haushalt 2004 sind daher auch nur ca. 10.000 Euro für die Notbewirtschaftung eingestellt. Gegenüber 2001 spart die Stadt mehr als 600.000 Euro.

Ich bedauere es, dass sich die CDU der Fortsetzung des Bustransfer für die Kinder im Rahmen des Ferienpasses zum Wiesenbad verweigert hat. Die Kosten werden etwa 2.600 Euro betragen, ein vergleichsweise lächerlicher Betrag. Unverständlich auch die Haltung der CDU gegenüber dem Zuschuss der Stadt für das Interkulturelle Fest. Offensichtlich sind sie (die CDU) wenig informiert, was in dieser Stadt geleistet wird. Da engagieren sich seit Jahren Kirchengemeinden, Vereine, Kulturkreis und Ausländerbeirat, um die Integration der nichtdeutschen Bevölkerung und das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen der unterschiedlichen Kulturen zu fördern; Höhepunkt der interkulturellen Woche ist das Fest, das zu einem der größten Feste gehört, die im Bürgerhaus abgehalten werden. Die genannten Gruppen organisieren in Kooperation mit der Kulturkreis GmbH mit personellem und finanziellem Einsatz diese Woche und die Stadt beteiligt sich, wenn wir von der Kulturkreis GmbH einmal absehen, lediglich mit einem symbolischen Betrag von 600,00 Euro. Gott sei Dank, dass sie nicht die Mehrheit haben, kann ich da nur sagen. Also wird es auch in 2004 den Bustransfer in den Ferien geben und auch die Stadt leistet ihren symbolischen Beitrag zum interkulturellen Fest.

Kultur mit ehrenamtlichen Engagement

Diskussionen gab es auch über die Personalausstattung und die Höhe der Zuschüsse der Kulturkreis GmbH und sogar einen Kürzungsversuch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Der Zuschussbedarf für die Kulturkreis GmbH beträgt für 2004 insgesamt 352.200 Euro;

Etwa 47.000 Euro dienen der inneren Verrechnung mit Arbeiten des Bauhofes und der Mieten für das Bürgerhaus. 167.000 Euro werden für Personal ausgegeben: d.h. 2 ½ Stellen für die Geschäftsstelle und die Organisation der Kulturarbeit sowie für die Buchhaltung.

Für die Kulturprojektkosten (Verwaltung, Programm, also Werbung und Veranstaltungen stehen insgesamt 138.000 Euro zur Verfügung. Den größten Betrag nimmt das Theater (also die Abonnementsreihe, das Kindertheater und versch. Einzelveranstaltungen) ein, das mit 41.850 Euro bezuschusst wird, dies sind etwa 30% der Gesamtkosten.

Ein Zuschussbedarf von 352.200 Euro, dies sind etwa 1,3% des Gesamtetats oder umgerechnet auf die Einwohnerzahl von 14.544 sind dies ca. 24 Euro.

Mit vergleichsweise geringen Kosten gelingt es in Schwalbach ein niveauvolles, alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechendes Kulturprogramm auf die Beine zu stellen, dass sich in der Region sehen lassen kann. Natürlich musste auch die Kulturkreis kürzer treten und der Aufsichtsrat, das darf ich hier sagen, ist den Vorschlägen der Geschäftsführerin, bestimmte Programmteile vorerst auszusetzen – also z.B. Kino, Kleinkunst – nach intensiver Diskussion einstimmig gefolgt.

Das mit diesem Etat ein solches Kulturprogramm gehalten werden kann, ist dem Einsatz der Geschäftsstelle zu verdanken, der es weiterhin gelingt, ein hohes Potential ehrenamtliches Engagement zu versammeln und zu aktivieren. Ohne die vielen Einzelnen, Gruppen und Arbeitskreise (vom Jazzclub, über den Kunstkreis, die Städtepartnerschaftsgruppen bis hin zu den Programmausschüssen) wäre das kulturelle und soziale Leben in Schwalbach um einiges ärmer. Ich habe es schon mehrmals betont und werde, insbesondere wenn ich nach Diskussionen über die Kulturkreis, wieder darüber nachdenke, darin bestärkt, dass die Organisationsform der Kulturkreis als GmbH mit ihrer Eigenständigkeit und Flexibilität beizubehalten ist und sie muss mit einem relevanten Zuschuss ausgestattet sein, da diese Arbeit über die kulturelle Förderung hinaus, auch für den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt von großer Bedeutung ist.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass mittlerweile die Kooperation zwischen Kulturkreis, Bibliothek, Jugendamt, Kirchengemeinden, Vereinen usw. viele Projekte rettet, die durch die städtischen Kürzungen gefährdet waren. (.....)

Neuverschuldung zur Sanierung städtischer Einrichtungen

Lassen sie mich noch ein Wort zum Vermögenshaushalt sagen. Wir kommen nicht umhin Geld für die Sanierung städtischer Einrichtungen bereitzustellen:

- die Sanierung des Kindergartens Pfingstbrunnenstr.,
- Fassadensanierung des Jugendzentrums,
- Bürgerhaus und Rathaus,
- Historisches Rathaus und das Haus der Vereine (ehemaliges Juze).

Diese umfangreichen Investitionen erfordern eine Ausweitung der Neuverschuldung. Gegenüber der Magistratsvorlage, die eine Neuverschuldung in Höhe von 6,65 Millionen vorsah, wurde durch Kürzungen eine Reduzierung auf 5,169 Millionen erreicht.

Ende des Jahres ist die Stadt mit ca. 23 Millionen Euro verschuldet. Wenn denn alle Projekte im nächsten Jahr realisiert werden, erhöht sich der Schuldenstand auf ca. 27,2 Millionen, dies sind pro Einwohner ca. 1.922 Euro. Eine unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen notwendige und vertretbare Verschuldung,

Schwalbach – eine lebenswerte Stadt

Im Herbst 2003 haben wir das vierzigjährige Jubiläum der Limesstadt gefeiert. Eine Zeitung titelte dazu „Gelungene Reißbrett-Idee vom lebenswerten Kleinkosmos“ und in der Unterzeile „Fluktuation ist gering und die Nachfrage groß“. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, können, bei aller Kritik, stolz sein auf unsere Stadt. Ich stimme Bürgermeister Seel zu, der in der Zeitung mit dem Satz zitiert wird „Wie haben hier keine sozialen Brennpunkte“.

Dass dies so ist, meine Damen und Herren von der CDU, ist nicht allein, aber auch, auf die Politik der Koalition von SPD, FDP und UL in den vergangenen 15 Jahre zurückzuführen. Ich behaupte nicht, dass es keine Probleme in unserer Stadt gibt und es bedarf weiterhin vieler Köpfe und Hände, dass der soziale Frieden gewahrt bleibt, dass alle unsere Kinder gute Entwicklungschancen erhalten, dass sie gefördert werden und weiterhin die kulturelle Vielfalt als Bereicherung erfahren wird.

Allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ehrenamtlichem Engagement zum Wohle der Stadt beitragen, die sich in ihren Vereinen aktiv und fördernd einsetzen, sei gedankt. Dank auch an die Mitarbeiter der Stadt, der Kulturkreis GmbH für ihren Einsatz in der schwierigen Zeit.

Die UL wird dem Haushaltsplan 2004 zustimmen."

Die Unabhängige Liste wünscht allen Bürgerinnen und Bürger ein gutes neues Jahr, Mut und Engagement, Probleme anzufassen.